

Natura 2000 schützt nicht vor Investitionen



Hochkarätige Experten: IV-Präsident Reinhard Schretter, Markus Bliem, IHS, Frank Vassen, EU-Kommission, Bruno Wallnöfer, TIWAG, Ulrich Müller, wikopreventk

Großprojekte und Umweltschutz sind vereinbar – sagen die Experten

Auf der "ibet 2013" in Innsbruck beleuchteten kürzlich Fachleute die Umweltverträglichkeit von Großprojekten. Dieses Impulsforum wurde von wikopreventk organisiert und namhafte Experten waren als Gäste dabei. Die einhellige Meinung: Großvorhaben in die Infrastruktur sind mit Umweltschutz vereinbar.

Nur: "Die Interessensgruppen müssen aufeinander zugehen und Kompromissbereitschaft zeigen", sagte IV-Präsident Reinhard Schretter. Schretter forderte vor den 130 TeilnehmerInnen schnellere Entscheidungen durch die Behörden. "Nur durch externe Kräfte können Behördenverfahren beschleunigt werden", rät Schretter, der in Tirol einen "Investitionsstau" sieht.

Die Hauptthemen der ibet waren Fragen der Seilbahnwirtschaft und der Wasserkraftausbau. Das Institut für Höhere Studien (IHS) kam zum Schluss, dass 95 Prozent der Menschen eine positive Einstellung zur Wasserkraft haben. "Trotzdem fühlen sich 43 Prozent schlecht informiert und wollen den Ausbau möglichst weit vom Wohnort sehen" erklärte Markus Bliem von IHS.

TIWAG-Chef Bruno Wallnöfer weiß ein Lied davon zu singen. "Unter den erneuerbaren Energien leistet die Wasserkraft aber den kostengünstigsten Beitrag, durch den Ausbau wird auch eine beträchtliche Verbesserung der Gewässerökologie erreicht", erklärt Wallnöfer. Strom aus Sonnen- und Windkraft sei eine sehr stark

schwankende Energieerzeugung, da leisteten Pumpspeicherkraftwerke effiziente Erzeugungsbeiträge.

Natura 2000 sei kein Problem

Über das in Tirol heiß diskutierte Natura 2000-Thema referierte Frank Vassen von der Europäischen Kommission. "Österreich muss endlich die Nominierung seiner Gebiete bekannt geben, sonst werden es rechtliche Schritte geben", so Vassen. Fürchten brauche man sich vor einem Natura-2000-Schutz nicht. "Projekte und Investitionen werden durch eine Unterschutzstellung nicht verhindert, wenn ein gemeinschaftliches Interesse an einem Projekt besteht, ist sogar eine Zerstörung des Natura 2000-Gebietes vorgesehen", erklärte der Experte.

Verbessert werden müsse vordergründig die Informationspolitik. IV-Präsident Schretter: "Hier muss mehr Transparenz Einzug finden."